

Volks-Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 216 Nummer 291/292

Bezugspreis: monatlich 1 Mark 1900. — mit Zustellgebühr. Bezahlungen nehmen sämtliche Postämter und Verleger entgegen. — Abhäre Gewalt einbehalten den Betrag von Schadenersatz. — Halle-Saale Anzeigenpreis: Die Spaltenbreite 54 mm breit mm-Standardgröße 600 Mill. Kleine Anzeigen 300 Mill. Familienanzeigen 200 Mill. Die 3 grössten 90 mm breit mm-Standardgröße 2600 Mill. Absatz nach Tarif. Erhaltungssatz Halle-Saale

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801. Sendung von 7 Uhr an Redaktion 5600 n. 5610. — Postfachnummer Leipzig 20512. Halle-Saale: Dienstag, 26. Juni 1923. Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Ziti Karfunkel Nr. 6200. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag an. Druck von Otto Kahlke, Halle-Saale

Tort mit dem sächsischen Ministerpräsidenten! Misstrauensvotum gegen Dr. Zeigner

Zur Hegrede Zeigners (Eigener Drahtbericht)

Dresden, 25. Juni.
Was parlamentarischen Freiheit wird und schreibe ich. Wie wir die parlamentarische Freiheit lieben, beschließt bei den jüngsten Parteien die Mehrheit, in der nächsten Sitzung des Landtages einen Misstrauensantrag gegen Dr. Zeigner einzubringen, um ihn zum Rücktritt von seinem Amte zu zwingen, falls er nach seiner politischen Rede in Wiederholung nicht selbst das Verantwortungsbüro hat, sein Amt niederzulegen. Der Ministerpräsident eines Freistaates, der seiner um die Ehre des Reiches kämpfenden Volksgemeinschaft in den Händen fällt und Frankreich neues Material in die Hand gibt, gefährdet damit nicht nur den Bestand des Reiches nach außen, sondern auch nach innen. Den Gehalt der Verantwortungsbüro ist erklährt er mit den durch nicht erwiesenen Ausführungen, das Bürgeramt werde den Kampf mit Gift, Dolch und Handgranaten beginnen, und es werde zu äußeren blutigen Auseinandersetzungen kommen. Das sächsische Volk wird durch solche Reden in eine Stimmung von Schrecken und Verzweiflung gebracht, deren Folgen auf das Haupt des sächsischen Ministerpräsidenten liegen kommen. Wenn Sachsen nicht als Staat leben könnte im übrigen Deutschland und im Ausland verlieren will, ist es vor allem auch um der sächsischen Wehrkraft willen nötig, daß ein Mann an die Spitze des Freistaates tritt, der sich seiner hohen Aufgabe und Verantwortung gegen die gesamte sächsische Bevölkerung in Wort und Schrift bewußt bleibt. Die sächsische Sozialdemokratie wird bei der Abstimmung über den Misstrauensantrag Farbe bekennen müssen, ob sie die Verantwortlichkeit in Sachen im Sinne der kommunalistischen Aufschüchtlungen auf die Spitze treiben oder eine ruhige Aufarbeitung der Republik nach demokratischen Grundsätzen will. Wie wir hören, wird sich auch der Reichstag mit der Rede Zeigners beschäftigen.

Der Dolchstoß Dr. Zeigners (Eigener Drahtbericht)

Dresden, 26. Juni.
Die aufsehenerregende Rede des sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Zeigner in der Kammer der Abgeordneten wird bemerkenswert, weil von der ganzen sächsischen Presse in jeder Beziehung noch erhöht. Die bürgerliche Presse verurteilt mit scharfen Worten die Ausführungen Zeigners und fordert, daß das Reich unterdrückt die Bestimmungen des Republikgesetzes, welches zur Anwendung bringe und weitere Schädigungen des Reiches und des Reiches durch Dr. Zeigner unterbinde.

Zu den Worten-Entstellungen Berlin, 25. Juni.

In Abwehr der Entstellungen über die Beziehungen Frankreichs zu den rheinischen Separatisten behauptet der „Matin“ heute, zwischen London und Paris werde ein hinterhältiges Komplott das Rheinland geschmiedet. Danach soll der Reichsminister die rheinischen Abgeordneten nach Berlin berufen haben und dabei haben durchdringen lassen, daß es vielleicht möglich sein würde, binnen kurzem die rheinischen Provinzen und das Ruhrgebiet in Lebensgemeinschaft mit England zu einer Art Pufferzone zu machen. Selbst die Ministerliste für diesen neuen Staat wird vom „Matin“ herab mitgeteilt. Von amtlicher deutscher Seite wird diese neue Unternehmung mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen. Es ist im Gegenteil in allen Beziehungen in vollkommener Lebensgemeinschaft mit allen Vertretern der besetzten Gebiete immer wieder festgestellt worden, daß es keine in Zukunft Erfolg bringende wird, und gelingen dürfte, eine Veränderung des Verhältnisses des Rheinlandes und des Ruhrgebietes zu Frankreich und zum Reich zu erreichen. Der Gedanke einer solchen Verdrängung, der allerdings vor einiger Zeit einmal von einer früher an führender politischer Stelle stehenden Persönlichkeit in einer vertraulichen Sitzung der Zentrumsfraktion theoretisch erörtert worden ist, aber dort auf die entschiedene und sogar geradezu zornige Ablehnung der anwesenden Parteimitglieder und nicht zuletzt aus dem besetzten Gebiet kommen gestrichen, so daß er als endgültig begraben betrachtet werden kann.

Weitere englische Stimmen

Den gestern vom „Observer“ veröffentlichten Entstellungen über die französischen Rheinbundspläne schenkt ein Teil der heutigen Presse große Beachtung. Die „Westminster Gazette“ nennt den französischen Geheimbericht ein „schmerzliches Dokument“. Man müßte dem „Observer“ dankbar sein, daß er das Dokument veröffentlicht habe. Das zeige, wie einige französische Beamte gewiß haben, um das Rheinland von Deutschland zu trennen. Wenn das Reparationsproblem in vernünftiger Weise für sich anzuordnen könnte, so sollten keine Schwierigkeiten für eine internationale Vereinbarung bestehen und keine unüberwindlichen Hindernisse für eine Regelung zwischen den Alliierten und Deutschland. Welches sei jedoch unmöglich, wenn Frankreich, wie es dies zu tun scheint, die Reparationsfrage als untergeordnet ansehe und wenn es wirklich auf den Ruin Deutschlands und die dauernde Kontrolle von ungewissenhaft deutschem Gebiet aus sei.

Die mitteldeutsche Rote Armee

Auf unserer Jugend ruht unsere Hoffnung, unsere Zukunft; ruht sie auf unserer Arbeiterjugend, wie sie sich in den sozialistischen Jugendverbänden darbietet, dann gilt Dantes Hölleinschrift: Laßt alle Hoffnung hinter euch.
Nach den Schlagworten der roten Presse war Deutschlands bisher im Militarismus verrotzt, die Novemberrevolution brachte die Freiheit, machte den Weg frei zu sonnigen Höhen für den Nachwuchs. Nun, das Ergebnis kann man alle Tage beobachten. Es scheint, daß oberster Grundgedanke dieser Jugendbeziehung Freimachung von jeder Autoritätsverflechtung, jeder Mißachtungnahme, kurz aller sittlichen Begriffe die das Leben von Zivilisation und Kultur ausmachen, ist. Freiheit, wie sie für die meisten, kranken, leute Freiheit, die sich über alles hinwegsetzt und vorwiegend schicht bürgerliche Auffassung Sittlichkeit und Aufrichtigkeit vertritt, das ist das Ergebnis der sozialistischen Jugendbeziehung.

Man sehe sich die langmächtigen, ungewaschenen Zinglinge an, wie sie in Eisenbahn und Straßenbahn sich auf den Bänken herumdrücken und alten Frauen und Männern feilerhändig die Beine müde stehen lassen. Man beobachte, wie sie das leichtverdienete Geld in Zigaretten und anderen Luxus vergeuden, während mancher Familienvater nicht weiß, wie er seine Kinder kalt kriegen soll. Das ist Freiheit, gelobene Freiheit, die unter dem III. preussischen Militarismus elend verkommen müßte.

Arbeiter Militarismus. Das Eingetragene kommunistischer Hunderttausende, das Bewachen der Jugend mit Dolchen, Messern und Revolvern ist beiseite sein. Militarismus. Und wenn's schon einer ist, dann richtet er sich wenigstens nicht gegen die edle französische Kulturnation, sondern gegen das edelste deutsche Bürgeramt, dessen Ausrüstung ein sozialistisches Ziel ist, aufs innigste zu wünschen.

So arm die ganze Novembererlösbewegung an Ideen war, so arm ist übrigens auch der sozialistische Militarismus an eigenen Gedanken. Seine Vorkämpfer sind nämlich Arbeiter, die aus der Kriegszeit. Die Generalstabler der deutschen Roten Armee sind aber aufgeben sein und verlogen das beweisen wieder die Schlußberichte aus Gießen, die man im „Klassenkampf“ lesen kann.

Die „Schlacht bei Gießen“ war ein nobelwogener strategischer Plan, der im Hauptquartier in der Kerkhof selbstfrage vom Generalstabler Urban ausgearbeitet worden ist. Nach dem „Klassenkampf“-Geheimbericht ist diesem Plan ein glänzender Sieg beschieden gewesen. Man lese nur:

„Trotz aller Vorbereitungen und Aufstellungen bei der „Schlacht“ gipfeln in Gießen eine Niederlage erlitten. Die Arbeiteroffiziere hat einen Sieg errungen.“

Aber die Schlacht bei Gießen war nur der Auftakt zu einer bevorstehenden Niederlage, die noch kommen soll. Sowjet-General Urban findet noch glückliche Ereignisse auf dem mitteldeutschen Kriegsschauplatz an. Er schreibt:

„Englisch ist der Kampf zwischen Okeanrufer und Sowjetisten noch nicht ausgetragen. Der getrigge Tag, der ein Wappenstein noch war, hat ihnen, Herr Ludner, aber wohl gezeigt, daß über Wappenstein die rote Fahne weht, trotz der schwarz-rot-rotten Wappchen, die die Wappchen und die von der Wappenstein-A. abhängigen Heinen Geschützleute auf Wappchen der Wappensteinigen von der Wappenstein-A. herausbringen müßten.“

Freilich, Sowjet-General Urban ist nicht blind gegenüber den Mängeln seiner Armee, die im Kampfe doch einige Fehler aufzuweisen hatte. Zwar ist, seiner Ansicht nach, der Gesamtindrud seiner Truppen mittergültig. Selbst Stahlhelmoffiziere (ei, ei, Herr Urban!) hätten, so schreibt er, den vorzüglichen Eindruck der roten Hunderttausender anerkannt. „Aber“, so laßt er in anerkennendewertiger Selbstkritik, die Arbeiteroffiziere muß sich noch besser zeigen. Die Anwesenheit am Zusammenstoß in Wappensteinbergschen müssen zu fast geschlossenen, bereits zur Verteilung der Wappensteinigen der Arbeiter beideren Formationen ausgesandt werden.“

Gesamt dem roten General diese Ansicht, dann gehen wir herrlichen Zeiten entgegen, die denen der Mar 1918-Aera nicht unähnlich zu werden verprechen. Ob Herr Minister Seevering nicht doch einmal einen Blick in seine sozialistische Kinderstube tut? Vorher sieht er auf dem linken Flügel sehr schlecht, aber er könnte so einmal das rechte, das in Wappenstein sich bei dem Wappensteinlich zu arg verhalten hat, am Hinleben bewenden. Nebenfalls müßten wir, wenn der Staatsanwalt sich mit der mittergültigen Kalkulation des kommunistischen Urban nicht belassen sollte, daß kein in Wappenstein mehr trügliche Zeiten unter Wappenstein Herrführung erleben werden. Wir müssen auch, wenn in der Wappenstein die Schuld trifft, wenn Staatsautorität und Staatsordnung keine Herrschaft in Wappenstein anstehen sind.

Amerika und Deutschland

Amerika und die europäische Krise (Eigener Drahtbericht)

Berlin, 25. Juni.
Auf Veranlassung des deutschen Sechsbundes und der Liga um Schutze der deutschen Kultur hielt der frühere bayerische Ministerpräsident Graf Berchthold am Sonnabend seiner Rindliche von einer dreimonatigen Reise durch die Vereinigten Staaten einen Vortrag über seine Eindrücke. Auch heute noch glaubt die große Mehrheit der Amerikaner an die deutsche Kriegsgerechtigkeit, glaubt vor allem aber auch daran, daß nur Deutschland die Reparationen anerkennen, die Reparationsforderungen selbst wohl bereit sein. Nach dem Reize ist zwar eine harte Ernüchterung eingetreten, die Wiederrückführung des Verfallens Vertrages entsprang aber keineswegs dem Gerechtigkeitsgefühl, sondern einerseits der Wertschätzung des deutschen Geistes und andererseits dem gewissen Gewissen vor Europa, das den Amerikaner enttäuscht hat, und das er verachtet. Auch heute ist eine Apathie gegenüber den europäischen Verhältnissen vorherrschend. Trotz der gefährlichen Lage, die auch die Vereinigten Staaten einmal in Mitleidenschaft ziehen mag, ist bestrebt an eine Intervention in Amerika heute nicht zu denken. Die angelegentlichste Stimmung gegenüber Deutschland läßt sich dahin kennzeichnen: Die Wirkung der Kriegsausgaben ist abschweifend, aber immer noch vorhanden, vor allem in den Kreisen der Erziehung und der gesellschaftlichen Kreise. In Wirtschaftskreisen ist mehr Einsicht vorhanden, aber geschloßen auch hier die Einstellung mehr nach gegen Deutschland. Wir können nur mit einer langsamen Entgiftung durch die Verhältnisse und durch ein selbst rechnen. In der Rubrikfrage besteht keine einheitliche öffentliche Meinung. Anfangs vor man manchen Kreisen geteilt, dann aber hat die französische Auffassung wieder an Boden gewonnen. In letzter Zeit ist wieder eine etwas günstigere Stimmung, für uns vorhanden. Der Vortragende selbst bemerkt, daß wir nur durch systematische Verhandlungen Arbeit, nicht schnell und gewaltfrei, und vor allem durch unsere Leistungen in Amerika wieder an Boden gewinnen können. Das Bedenken einer unterwürigen Meinung erweist vor Verrätern der amerikanischen Meinung gewinnt man man, wenn man die Wappensteinigen...

Die Entente geht über alles

London, 24. Juni.
Der Unterstaatssekretär im Ministerium des Auswärtigen, Dr. Keell, legte in Cambridge über die Beziehung des Ruhrgebietes, es behalte die militärische Gewalt, daß die Fortbauer der gegenwärtigen Lage zum sozialen und wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands führen könne. Er sehe noch keine Möglichkeit, von Deutschland eine angemessene Reparation in Geld zu erlangen durch die bloße Forderung eines Teiles seines Industriegebietes. Wenn sich aber Großbritannien und Frankreich auch über die Methode des Verfahrens nicht einig seien, so gebe es doch keine Meinungsverschiedenheit in der Hauptfrage der Erhaltung der Entente, und könne es auch nicht geben.

Poincaré verschleppt weiter (Eigener Drahtbericht)

Paris, 25. Juni.
Die gestrige Unterhandlung zwischen Poincaré und dem englischen Botschafter Lord Greve hat längere Zeit in Anspruch genommen, ohne, wie das „Echo de Paris“ meldet, mit einem anderen Ergebnis zu enden als der Bestätigung, daß die von beiden Seiten eingenommenen Standpunkte sich kaum verändert haben.

Zwei Franzosen von einem französischen Posten erschossen

Genève 25. Juni.
Am Rahnübergang bei der Station Bönig wurde in der Nacht zum Sonnabend ein französischer Posten erschossen und ein Soldat wurde von einem französischen Soldaten erschossen. Der Offizier, der sich in Begleitung des Soldaten und eines französischen Ingenieurs befand, hat auf Wunsch des Postens eine Antwort gegeben. Der Posten hat darauf gemäß seiner Anweisung Feuer. Schon durch den ersten Schuß wurde der Offizier auf der Stelle getötet. Der Soldat wurde schwer verletzt und ist am Sonnabend seinen Verletzungen erlegen.

In unserer bittersten politischen Lage ist keine Zeit für innerpolitische Strömungen, das sollte ein dreifacher Ministerpräsident als elementarsten Grundgedanken anerkennen und konsequent Handeln im Einklang mit dem höchsten Interesse der Nation propagieren.

„Stadt und Land vereint zusammen“

Eine Rede Dr. Lutzers in Königsberg.

Königsberg, 25. Juni.

Bei der Eröffnung der Landwirtschaftsausstellung der deutschen Ostpreußen für die Reichsregierung ist, zu bezeichnen, daß kein Bundesrat Deutschlands wesentlicher und wichtiger für uns sein kann, als gerade Ostpreußen. Gerade weil die räumliche Trennung durch eine unüberwindliche Befestigung des Schiffs als einzetler ist, legt die Reichsregierung besonderes Gewicht darauf, zu zeigen, daß Ostpreußen nicht etwa draußen im Reich vergessen ist, sondern daß alle Fragen, die deutsch schlagen, auch zugleich ostpreußisch schlagen.

Zwei Geboten aus den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters möchte ich noch einmal unterstreichen: Er hat eindringend und schließend darauf hingewiesen, daß wir heute als Deutsche unsere Geboten und unsere Tätigkeit in erster Linie auf den Kampf gegen die Wirtschaftskrise im Ruhr und Rhein richten müssen, und daß wir als Deutsche berufen sind, wieder voll und wirksam einzutreten in das gemeinsame Wirtschaftsleben der Welt, und daß dabei Ostpreußen die erste Linie nach Osten gerichtet ist. Gerade die Aufgabe einer landwirtschaftlichen Ausstellung soll uns klar machen, daß wir alles tun müssen, damit unser deutsches Volk auf der heimischen Grundlage leben kann. Das ganze Reich weiß, daß Ostpreußen heute besonders beherzigt bei uns stehen und tragen will. Darum begrüße ich besonders gerne, daß in Ostpreußen alles getan wird, um die Intensivierung der Landwirtschaft zu steigern.

Wir unter innerpolitischen Dingen gibt es nichts wichtigeres, als die Wirtschaftskrise des Stadt und Land. Ich bin überzeugt, daß diese Einheitlichkeit im Handeln ist. Wenn vor wenigen Tagen ein gewisser Herr in Königsberg die Frage der Arbeiterfrage für das nächste Jahr fast einmütig im Sozialdemokratischen bis zu den Deutschnationalen angenommen worden ist, so ist das ein Beweis dafür, wie sich unser Volk mehr und mehr auf die Notwendigkeit einstellt, daß wir mit gemeinsamen Mitteln dem gemeinsamen Ziele zu arbeiten müssen.

Wir müssen auf der einen Seite alles tun, um die landwirtschaftliche Produktion zu steigern, und dazu müssen wir in der Wirtschaftspolitik die freie Wirtschaft haben.

Wir müssen auf der anderen Seite dafür sorgen, daß den Bedürfnissen unseres Volkes der Wohlstand auf dem Arbeitsmarkt ist, und das muß gesichert werden aus Mitteln der Wirtschaft. Beide Probleme sind miteinander verbunden und gemeinschaftlich gelöst, mit einer fast den ganzen Reichstag umfassen Mehrheit. Ich glaube, daß solche Ausführungen wie hier in Königsberg dazu beitragen können, die Einheitsfront weiter auszubauen und zu vertiefen.

Die Währungsfrage

Berlin, 25. Juni.

Die große Rede des Reichsministers Dr. Guno Ameln bei der gestrigen Eröffnung der landwirtschaftlichen Ausstellung in Königsberg ist völlig aus dem Stegreif gehalten und war in ihrer Ausdehnung und in ihrer politischen Deutlichkeit vorher nicht beabsichtigt. Es erklärt sich so auch, daß über den Inhalt der Rede verschiedene Meinungen umlaufen und daß unbenutzte Satzpaare eine Grundlage zu finden suchen, sich in Dinge hineinzumischen, an die der Reichsminister nicht im entferntesten gedacht hat. Das tut vor allem ein in Berlin neu erscheinendes Monatsblatt, das sein Entgegen der Unterstützung des galizischen Schicksals Wesell aus Wien verbirgt und in dem schon seit langem mächtige österreichisch-polnische Elemente Einfluß auf die deutsche Politik zu gewinnen versuchen. Da dies Blatt wegen seiner hauptsächlichen Verbreitung zu finden scheint, ist es nötig, festzustellen, daß der Artikel mit keinem C. S. feiner Rede eine Absicht von einer hiesigen politischen Einflüßung wolle, sondern daß er im Gegenteil auf der bisher eingehaltenen Linie seiner Politik beharrt und es sogar in Königsberg fröhlicher als je man es bisher hörte, die Unmöglichkeit.

Zum Paradies

Roman von H. v. Hindowkroem

Einmal kam ihnen eine Equipage auf der Landstraße entgegen. Sie kam vom Walde her, wo das Gelände sich bog, so daß man ihrer bei der Rückfahrt auf den Wäldern des abwärts führenden Weges schon von fern anfangen konnte. Und im Nebenraum erkamten Wälder und Wälder die eleganteste Polsterkutsche der Döbedin, mit dem feinsten ausgebreiteten Polsterkutschengehenn. Der Wagen brauchte an ihnen im schnellsten Tempo vorüber. Drinnen saßen Frau Döbedin und Tina. Die erstere grüßte und winkte mit äußerster Liebenswürdigkeit. Tina aber wandte nur den Kopf und sah Neben mit einem großen flammenden Blick an. Sie verzog darüber den Grun.

Marie war sicher, daß die Augen ihrer Stiefschwester sie nicht einmal gestreift hatten, nur ihren Mann hatte jene angesehen, und der sah förmlich verstört da, war bis in die Lippen hinein erstarrt. Ihr Herz klopfte zum Zerbrechen und dabei kühlte es ihr, als sei sie in allen Gliedern wie gelähmt. Dieser eine Blick, der da gewandert worden war, gab ihr die Hoffahrt.

Ein beklemmendes Schweigen trat zwischen dem Ehepaar ein.

„Es ist merkwürdig, daß die Leute mit der Startoffenernte noch so weit im Rückstand sind“, meinte er nach einer Weile in einem gewöhnlich verhaltenen Ton, kammlos zu erkundigen.

„Ja“, sagte sie trocken und kurz.

Gerade dies absichtliche Ungehör jeder Bemerkung, welche die eben gebaute Begegnung betraf, machte auf beide den peinlichsten Eindruck.

„Meinst du nicht, daß wir beinahe tot wären?“, fragte er nach abermaligen langem Schweigen. „Die Kinder werden aus der Schule gekommen sein.“

„Wie du willst.“

Abends, als die kleinen Mädchen zu Bett gegangen, machte er sich darauf gefaßt, daß Marie sich jetzt das Herz freimachen und das heimliche Thema zur Sprache bringen

teit einer Aufgabe des höchsten Widerstandes unterließ. Die Meinung, daß eine Politik der politischen Anstellung und Sozialmängel und nicht der unerschütterlichen Spalte getrieben werden muß, ist gemäß nicht im Hinblick auf Berliner politische Einstellungen gebildet, sondern wendet sich an den ostpreussischen Geist, der eine Mobilisierung des deutschen Widerstandes fordert. Sollte der Reichsminister von seiner Rede in die Offener einen Quasi dieses Geistes nach Berlin zurückbringen, wie ja auch seine Rede in die Weltmarkt als förderlich erweist, so wäre das ein nicht gering einzufließen der Gewinn.

Die Maßnahmen zur Marktsicherung

Berlin, 25. Juni.

Die neue Beratung des Reichspräsidenten, die den Devisenverkehr und die internationale Verträge vorbereitet, ist, wie Berliner Blätter melden, erst als Anfangsstadium einer Reihe neuer Regierungsmaßnahmen zu betrachten, über die die Beratungen insofern weitergehen. Es handelt sich dabei im wesentlichen um Verordnungs-Bestimmungen für die schon erlassene Verordnung. Es beschäftigt man sich mit Maßnahmen, die denen die Handelskammerbestimmungen, die die Berechtigung zum Devisenverkehr geben, einer schärferen Kontrolle unterzogen werden sollen. Man weiß ferner, die Frage, ob es möglich ist, den Handel mit ausländischen Waren zu beschränken resp. zu monopolisieren. Und man berät vor allem über Ergänzungsbestimmungen der alten Devisenverordnung, die auf eine größere Begrenzung der von den Devisenbanken einzunehmenden Beträge hinauslaufen. Eine Einschränkung des Handels der Deutschen ist anscheinend nicht wahrscheinlich. Gegenläufiger wird auch ein Verbot der Einfuhr ausländischer Wertpapiere in Erwägung gezogen. Mann und in welcher Form diese neuen Maßnahmen zur Beschränkung gelangen, ob sie zur Durchführung gebracht werden sollen, darüber liegen Beschlüsse bisher noch nicht vor.

Neues Geld

Berlin, 25. Juni.

In ungefähr 14 Tagen wird dem Reichsrat der Entwurf für die Prägung eines 1000-Mark-Stückes vorgelegt werden. Der Entwurf ist im Geiste der Zweckmäßigkeit und Finanzrunderer gehalten und dürfte ungefähr 3 Millimeter mehr Umfang haben, als der sogenannte Reichstaler.

Anfang Juli soll, wie wir erfahren, der 600000-Mark-Geldschein zur Ausgabe kommen. Er ist im Format des protestantischen weissen 10-Mark-Geldscheins gehalten, jedoch 8 Millimeter länger und 7 Millimeter höher. Auf der Vorderseite werden 2 antike Köpfe tragen, die sich anlehnen. Die Farbe ist blaugrün.

Strafverfahren und Geldentwertung

Berlin, 25. Juni.

Das preussische Staatsministerium hat bei der Reichsregierung den Erfolg gesetzlicher Bestimmungen angefragt, durch die ermöglicht werden soll, Unterbrechung der Strafverfahren sowie Forderungen ähnlicher Art in verhältnismäßiger Form durch Prozess und Zwangsvollziehung zu verfolgen. Ebenso sollen im Strafverfahren rechtskräftig verhängte Geldstrafen sich automatisch bei Geldentwertung anpassen.

Deutscher Wahltag in Beuthen

Beuthen, 25. Juni.

Bei der gestrigen Stadtbewohnerebenewahl entfielen von 44 Kandidaten 41 auf die deutschen und drei auf die polnischen Parteien.

Ein schlagendes Beweis für die Wengendhaltung des Selbstbestimmungsrechts.

Zusammenstoß zwischen Jungtürken und Kommunisten

Stettin, 25. Juni.

Am Sonntagabend feierte der Jungtürken in Domburg ein Fest, zu dem sich auch auswärtige Jungtürkenabteilungen eingeschrieben hatten. Infrastabile Elemente versuchten die Feier zu stören. Sie sammelten sich vor dem Festlokal, zertrümmerten Fensterhebeln und warfen mit Steinen in den Festraum. Der Eisenbahnschutzführer Wacke, der die Menge dazwischen beruhigen wollte, wurde mit Steinwürfen attackiert. Die Massen wollten jetzt die Türen sprengen. Es fielen mehrere Schüsse. Drei der Anführer wurden getroffen, von denen einer seinen Verletzungen erlegen ist. Auch bei den Jungtürken sind mehrere verletzt worden.

Beschlaanahme der Ruhrhöhlen

Paris, 25. Juni.

Eine neue Beratung des Generali Deputats ermächtigt die internationalisierte Kontrollkommission, sämtliche Kohlenwerke auf den Höhen in den besetzten Gebieten zum Zweck der Reparationen und zur Bekämpfung der Kohlenkrise zu beschlagnahmen. In dem Augenblick der Beschlaanahme, die in jedem einzelnen Fall den betreffenden Besatzungsbeamten, die sie selbst übernehmen, die Beschlagnahme selbst für den eigenen Gebrauch des Besatzes verbieten. Zumberhandlungen werden mit Gefängnis bis zu fünf Jahren und einer Geldstrafe bis zu 100 Millionen Mark bestraft. Auf Antrag sollen in Ausnahmefällen kleine Quantitäten durch die Kontrollkommission freigegeben werden können.

Die die französische „Ruhrhöhle“ auszieht

Paris, 25. Juni.

Im Laufe des Monats Mai wurden im Osten von Dünkirchen 21 amerikanische Dampfer mit rund 100000 Tonnen amerikanischer Kohle geladet.

Fransösischer Einfall in Baden

Karlsruhe, 25. Juni.

Am Sonntag trafen fünf französische Quartiermeister, die bei 2 Offiziere, 40 Unteroffiziere und 60 Mann Quartiere belegen wollten. Danach soll Leopoldshafen besetzt werden. Um die Mittagsstunden trafen die französischen Truppen ein. Leopoldshafen liegt eine Stunde von Karlsruhe entfernt. Sein Besatz, der von dort etwas entfernt ist, liegt an der Strecke Karlsruhe-Baden. Leopoldshafen besetzt früher einen Rheinbrücken, der aber schon seit Jahrzehnten stillgelegt ist.

Unter die Kapitalisten gegangen

ist der sozialdemokratische Bürgermeister John in Stettin bei Berlin. Er hat mit Grafenhaus eine gemischten Kommission (in Anwesenheit der bürgerlichen Mitglieder) und 90 Quadratmeter unentgeltliches Siedlungsland vom Rittergut Wobdörfer erworben und dafür etwa ein Drittel des Wertes, nämlich 450 Mark für die Grundsteuer, bezahlt. Als er jetzt in der Richtenberger Wegsiedlung unter der Leitung des Grafenhaus eine gemischten Kommission (in Anwesenheit der bürgerlichen Mitglieder) erreicht hatte, wurde ebenfalls als bürgerlich terminus bezeichnet. Hier ist das. Die Verträge des Begriffsübertrages in die kapitalistischen Verhältnisse, um eine „soziale Tat“ bezeichnet, weil der Herr Bürgermeister sich ein nettes handgemachtes Wohnhaus bauen und dann seine hiesige Wohnung den armen Wohnungsuchenden anheimstellen will. Inzwischen hat der Herr Bürgermeister — auf ganzem Zaten — sich immer gegen — auf seinen neuen Grundstück acht Zentner Äpfel geerntet, den Kaufpreis also so ziemlich heraus.

Die proletarische Mehrheit der Begriffsübertragung hatte für die Saalage volles Verständnis. Sie gab ihren Spesen dazu.

Aus aller Welt

Das Feuer im Sägewerk

Schleiß, 25. Juni.

Im Sägewerk von Friedrich Gottlieb Schnabe brach Sonntagabend Feuer aus, durch das das ganze Sägewerk gelichtet wurde. Sämtliches Material wurde vernichtet. Der Schaden geht in die Milliarden.

Vom Auto überfahren

Hort, 25. Juni.

Auf der Staatsstraße Adorf-Bad Elster ist in der Nähe des Neubaus der hiesigen Kirche ein gemischten Sägewerk Saurmanns, wobei von einem Auto aus Schmalz überfahren und getötet worden.

Ein zweiter Nordpolflug Annandens

Paris, 25. Juni.

„Reit Arctic“ meldet aus London: Nachrichten zufolge: Die dort aus Alaska vorliegen, wird der Nordpol in nur je ein Tag anzufliegen, den Nordpol im Flugzeug zu erreichen, sobald gewisse Reparaturen an dem Flugzeug fertiggestellt sind. Annandens habe erklärt, er glaube, Spätheraus in 24 Stunden erreichen zu können.

„Nun, du hast ihn ja“, flamm es kalt und und Tinas Gesicht wurde eiffa. — „Er gehört dir, da von Gelebes wegen.“

„Aber du hast mir seine Liebe genommen. — Sage nichts! — Söre mich an. Ich bin nicht hier, um zu richten. Das mag so während des Zusammenlebens unter einem Dache über euch genommen sein, ohne daß ihr selbst es anerkennt, und ist dann wohl allmählich gewachsen. Ich föhnt gar nichts davon. Doch ihr könnt und müßt mit dem Entschluß finden, einander zu lassen. Der hat das Schicksal aller Glückgüter in den Schicksal geteilt, du bist schön und reich und unworben. — Ich habe nichts als meinen Mann, der mein ein und alles ist. Ich bitte dich, nicht freigeitig und infandigst: nimm mir nicht das einig, was ich befinde.“

„Sollt du denn keine Liebe jemals befehen? Ich meine, daß man doch nur dann von einem wirklichen Weib eines Mannchen reden kann, wenn er einem innerlich vollständig gehört.“

„Er war mir gut und wurde der Vater meiner Kinder. Wir haben in Vertrauen und Kameradschaftlichkeit zusammen gelebt. Weich mir doch nicht aus. Ich bitte dich, dem unbilligsten Zustand, der jetzt eingetreten ist, ein Ende zu machen —, wenn nicht anders, die Stadt für längere Zeit zu verlassen und damit jede Gelegenheit zur Begegnung abzuschnitten.“ Das kamm und wird du mir gegen nicht abschlagen. Ich ist nicht so nicht als Scherben vor dir, sondern als Flecken. Behebe, daß wir Scherben sind.“

„Ja, ich schlage es dir ab!“, sagte Tina hart. „Als gewöhnlich. Da die die Lust nach einem einmal herbeigeführt hast und die Macht über mich willst. — Ich liebe ihn. Ich habe ihn immer, immer geliebt. Ich bin halbes Kind, und ich habe geliebt, und er dich nicht. — Oh, wie ich geliebt habe! — Jetzt liebt er mich. Er gehört mir. Wir sind freierander geblieben. Wir sind uns gegenseitig notwendig und fordern unser Recht auf Glück zum Leben.“

Marie sah verzerrt auf. Sie sagte noch nicht den Sinn der Worte. — „Und ich?“, fragte sie. „Was soll denn aus mir werden? Die denkst ihr auch das?“

(Fortsetzung folgt.)

